

**Zeitschrift:** Centrum : Jahrbuch Architektur und Stadt  
**Herausgeber:** Peter Neitzke, Carl Steckeweh, Reinhart Wustlich  
**Band:** - (1996)  
  
**Artikel:** Wem gehört die Stadt? : Armut und Obdachlosigkeit in den Metropolen  
**Autor:** Blum, Elisabeth  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1072785>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

### Die Eroberung des öffentlichen Raumes

Wem eigentlich gehört die Stadt? Wem der öffentliche Raum,

– wenn Menschen ohne feste Bleibe nach neuer „Frankfurter Stadtreinigungspolitik“<sup>1</sup> damit zu rechnen haben, daß sie von der Polizei in Handschellen gelegt, abtransportiert und irgendwo weit außerhalb der Stadt ausgesetzt werden, „in dunklen Taunuswäldern, mal in der südhessischen Prärie, mal auch mitten auf einer Autobahn, wo eigentlich niemand halten darf“. Etwa 4.500 Menschen, meldete *Der Spiegel* Ende 1995, seien in Frankfurt am Main ohne Obdach, „Tendenz: weiter steigend“, und obwohl der Tatbestand Landstreicherei seit zwanzig Jahren aus dem Strafgesetzbuch gestrichen sei, hätten „findige Juristen“ schnell erkannt, daß mit dem „Gesetz über die öffentliche

Sicherheit und Ordnung“, das die Kommunen zu entscheiden berechtigt, welche „Sondernutzungen“ auf ihren Straßen erlaubt sind und welche nicht, Obdachlose zum Verschwinden gebracht werden können<sup>2</sup>;

– wenn mit Beschluß des linksliberalen Bürgermeisters von La Rochelle, Michel Crépeau, Obdachlose aus der Innenstadt entfernt werden können, der Alkoholgenuß auf der Straße verboten ist und sich diesem Entscheid gleich mehrere andere Stadtpräsidenten rechter und linker Prägung anschließen<sup>3</sup>;

– wenn sich die Quartierszeitung des Zürcher Kreises 6 nach der Lettenräumung auf der Frontseite mit einem Aufruf zur Denunziation auffälliger Gruppierungen unter dem Stichwort „Der heiße Draht zur Polizei“ meldet, als ob es sich dabei um das Normalste von der Welt handelte;

– wenn in Manhattans „Business Improvement Districts“

Foto: Gertrud Vogler



Sonderzonenbestimmungen den Einsatz privater, von den Anrainern bezahlter Polizeitrupps ermöglichen, die den öffentlichen Raum wie Privatbesitz behandeln, um die Einkaufsstraßen von fliegenden Händlern und Obdachlosen zu säubern oder finanzkräftigen Unternehmen Steuernachlässe von insgesamt mehreren Hundert Millionen Dollars gewährt werden, auf der anderen Seite jedoch U-Bahn-Preise erhöht, Dienstleistungen gestrichen und Sozialausgaben gekürzt werden;

– wenn in Erfurt seit dem 1. Dezember 1995 die Frage „Haste mal ‘ne Mark?“ mit einer Geldstrafe von 100 Mark bestraft wird<sup>4</sup>;

– wenn ... von vielen weiteren Fällen wäre zu berichten.

Die Gewalt, der Arme und Obdachlose heute ausgesetzt sind, schafft einen unentrinnbaren Teufelskreis: Ohne festen Wohnsitz ist kaum Arbeit zu finden und ohne Arbeit erst recht keine Wohnung. Lydia Perréal, eine Obdachlose aus Paris, sagt es radikal: „Die Gesellschaft stört, daß wir ihre Opfer sind. Abfallsäcke, die sich auf unerklärliche Weise vermehren und die man nirgends entsorgen kann.“<sup>5</sup> Aber der Teufelskreis dreht sich noch weiter: Keine Bleibe zu haben erfüllt den Tatbestand der Abweichung, was über staatliche und deswegen nicht anklagbare Formen der gewaltsamen Ausschließung zur Rechtlosigkeit im öffentlichen Raum führt. Der öffentliche Raum wird zunehmend mehr auf Menschen zugeschnitten, die sich ‚anständig‘ verhalten; anders gesagt, öffentliches Raum- oder Platzrecht muß mit normiertem Verhalten erkaufte werden. Daß diese Art der Verwaltung des städtischen Raumes einer Einschränkung des öffentlichen Lebens überhaupt gleichkommt, wird als Problem gar nicht erst erkannt. Hannah Arendts Gedanke, daß es für eine menschliche Existenz unerlässlich sei, an *zweierlei Raum* teilhaben zu können – am privaten, wo im Verborgenen bleiben könne, was im Verborgenen bleiben soll, und am öffentlichen, weil Menschen nur dann wirklich existierten, wenn sie im öffentlichen Raum gehört und gesehen werden können<sup>6</sup> –, macht überdeutlich, daß unsere Gesellschaft Arme und Obdachlose gleich doppelt beraubt.

Die Stadtplanung als Teil der heutigen ‚therapeutischen Gesellschaft‘ verkörpert nicht nur die unsichtbare Macht der Normalität, sondern setzt sie unter Tarnnamen wie Fürsorge und Sicherheit über restriktive Maßnahmen im öffentlichen Raum brutal durch. Praktiken der Entsolidarisierung – wie das Verbarrikadieren von Bänken auf dem

Bahnhofplatz in Zürich, oder das inzwischen in allen europäischen Städten anzutreffende Ersetzen der einst großzügigen Bänke durch Einzelsitze aus Kunststoff, oder das Abdrehen der Wasserhähne bei öffentlichen Brunnen, was ‚anständige‘ Bürger um so mehr dazu bringt, sich über die ‚dreckigen Verursacher‘ zu beklagen – heizen den Krieg in den Köpfen unterschwellig an und führen zu einer Beunruhigung im öffentlichen Raum: Feindseligkeiten werden geschürt, ein Klima der Bedrohung wird beschworen. Unter dem Vorwand, für Sicherheit, Hygiene und Ordnung zuständig zu sein, werden Obdachlose und ‚Normalbürger‘ in kleinen Schritten gegeneinander aufgehetzt, werden erstere durch kleine, menschenverachtende Eingriffe im städtischen Raum nicht nur hemmungslos ausgegrenzt, sondern durch diese Art der Verunstaltung noch in ihrer Abwesenheit stigmatisiert. Man bringt sie zum Verschwinden und behält sie zugleich in aller Erinnerung.

Wie weit entfernt sind wir von den Hoffnungen des Philosophen Otfried Höffe, der in seinen *Thesen zu einer Sozialethik des 21. Jahrhunderts*<sup>7</sup> von der Pflege der Urbanistik die Pflege eines „zukunftsorientierten Gemeinns“ erwartet, Gemeinnsinn fördernde und behindernde Architektur unterscheidet und auf die Bedeutung von Orten freien Begegnens und Verweilens, wie öffentlichen Parks und Plätzen, hinweist. Die Realität ist eine andere: Parks und Plätze werden immer öfter von menschlichem und anderem ‚Unrat‘ gesäubert, entmöbelt und – nach bürokratischem Stundenplan geöffnet.

Hinter den geschilderten Maßnahmen steckt das gefährliche *Programm einer sauberen Stadt*. Im Gegensatz zur Abschottung des Elends zur Zeit der frühen Industrialisierung, von dem Engels nach einem Besuch im irischen Quartier von Manchester, durch das ihn seine Freundin Mary Burns geführt hatte, zynisch schrieb, er habe nie zuvor eine „so systematische Absperrung der Arbeiterklasse von den Hauptstraßen, eine so zartfühlende Verhüllung alles dessen“ gefunden, „was das Auge und die Nerven der Bourgeoisie beleidigen könnte“, werden heute Vertreibungsstrategien praktiziert, die die Möblierung des städtischen Raumes – wichtiger Teil der urbanen Kultur – unter der Perspektive ‚Einlaß oder Ausschuß‘ transformiert und den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen gestattet oder verweigert. Städtebaukultur der neunziger Jahre? Von Städtebauunkultur zu reden wäre spätestens dann nicht mehr übertrieben, wenn größere Teile der Stadtbevölkerung eine solche Politik

befürworteten. Es ist zu befürchten, daß die Aussichten darauf gar nicht so schlecht stünden.

Man stelle sich nur einmal die im Dienste der Stadt tätigen Entwerfer der Behinderungsmöblierungen, wie beispielsweise der etwa 2 Meter hohen Abschränkungen in Zürich bei ihrer Arbeit vor, wenn sie mit den ersten Entwürfen zur Begutachtung antreten und dann für ihre ‚Erfindungen‘ kritisiert werden, weil eine zu sperrende Fußgängerbrücke schließlich auch seitlich, überm Wasser hängend, umgangen werden könnte, und die dann beflissen weiterarbeiten, bis sie die seitlichen Überstände erfinden, die, über die Brücke auskragend, nun wirklich jede Art Übersteigen unmöglich machen sollen. „Ob wir durch unsere Tätigkeit bzw. Produktwelt diejenigen Probleme lösen, die wir wirklich haben?“, fragt der Zürcher Theologe Hans Ruh.<sup>8</sup> Ich zitiere die Frage außerhalb des dortigen Zusammenhanges, weil sie für den unsrigen ganz dringend gestellt werden müßte! Viel Energie, viel Ärger, viel zu viel Aufwand, hohe Kosten ... ein mieses kleines Meisterwerk für den Städtebau von heute! Genauso wie die am Limmatplatz in Zürich auf den großen, zur Straße liegenden Fensterbänken angebrachten Winkelleisten, gespickt mit kleinen metallenen Spitzen, die das Sich-Setzen verhindern. Keine Fläche zu klein, Sitzgefahr zu sein!

Welche Vorstellungen rechtfertigen solche ‚Installationen‘? Begriffe wie ‚Sicherheit‘ und ‚Fürsorge‘ werden einseitig für die bürokratische Legitimation von Machtpraktiken instrumentalisiert, die einen doppelten Übergriff zum Ziel haben: direkt auf den öffentlichen Raum durch den Versuch seiner einseitigen Okkupation, indirekt auf den privaten Raum, der kompensatorisch zum Fluchttort wird.

Das aber hat Folgen: Das Abhandenkommen des öffentlichen Raumes gefährdet nicht nur die menschliche Freiheit, sondern das Politische selbst: „Nicht die Sorge um den Menschen steht im Mittelpunkt des Politischen, sondern die Sorge um die Welt zwischen den Menschen“, schreibt Ingeborg Nordmann in ihrer Einführung in Hannah Arendts Denken. Welt, das ist der Raum zwischen den Menschen, der öffentliche Raum, der, wenn er erst einmal zerstört ist, die Menschen in Verlassenheit zurücklasse. Freiheit im ursprünglichen Sinne meine „etwas Tatsächliches, nämlich Bewegungsfreiheit“<sup>9</sup>. Mit der Zerstörung des Raumes der Freiheit würden alle Beziehungen zwischen den Menschen mitzerstört.

Das Bild der Stadt sei ein Spiegel der Praktiken zur Verteidigung der Norm, lesen wir bei Michel Foucault. Welcher Norm? Wenn Foucault sagt, daß der Scharfrichter längst „von einer ganzen Armee von Technikern abgelöst“<sup>10</sup> worden sei, müßten da nicht längst Gegenstimmen diese Techniken der Verwalter des öffentlichen Raumes anprangern? Die Rückeroberung des öffentlichen Raumes ist eines der dringenden städtebaulichen Probleme unserer Zeit. Die Stadt muß einer ihrer wichtigsten Aufgaben wieder gerecht werden: allen ihren Bürgerinnen und Bürgern den „Raum der Freiheit zwischen den Menschen“, ihre Welt und damit ihre Bewegungsfreiheit wiedergeben.

#### **Keine Arbeit, kein Lohn, kein Dach über dem Kopf. Zum Stand der Dinge**

Öffentliche Kultureinrichtungen hatten in den letzten zwei Jahrzehnten Hochkonjunktur. So wurden etwa die achtziger Jahre als Museumsjahrzehnt bezeichnet. Das Wohnproblem hat in der gleichen Zeit niemals oder auch nur annähernd ein so großes öffentliches Interesse auf sich ziehen können. Die Gelder wurden oft für Prestige-Planungen eingesetzt, und währenddessen hat man die unübersehbaren gesellschaftlichen Veränderungen planungspolitisch verschlafen. Jetzt kehren sich die Verhältnisse allmählich um: Das Versäumte kommt auf Hintertüren in die Städte: Tausende, die auf der Straße leben – ein Phänomen, das wir in unserer Zeit für undenkbar gehalten haben und das aus den Städten nicht mehr wegzudenken ist: 1994 gab es in Frankreich 400.000 Obdachlose, darunter 20.000 Mädchen unter 25 Jahren, allein in Paris 2.600 ehemals leitende Angestellte. In Paris sind von 2,1 Millionen Einwohnern 40.000 ohne festen Wohnsitz, in ganz Frankreich 3,3 Millionen beziehungsweise 12,5 Prozent ohne Arbeit. In Großbritannien sind 4 Millionen oder 12,5 Prozent arbeitslos, und von den 4,3 Millionen Einwohnern Londons sind 50.000 obdachlos, 20.000 Squatters, ‚wilde Siedler‘. Allein im kleinen Kanton Genf sind 4.000 als arbeitslos registriert, und in Berlin haben von den 3,4 Millionen Einwohnern 25.000 keinen festen Wohnsitz. Im vereinigten Deutschland zählt man 4 Millionen Arbeitslose oder 9,5 Prozent der Bevölkerung – in der ehemaligen DDR vor 1989 ein unbekanntes Phänomen.<sup>11</sup> Dem in *Le monde diplomatique* erschienenen Dossier *Armut in Frankreich*<sup>12</sup> zufolge handelt es sich bei einem Drittel der Arbeitslosen in Frankreich um Langzeitarbeitslose;



eine halbe Million ist obdachlos, 18 Millionen sind in der EU als arbeitslos registriert. Flexibilität als Anstellungskriterium, also Zeitverträge, seien längst die Regel, 1994 seien beispielsweise 70 Prozent der Neueinstellungen in Frankreich zeitlich befristet gewesen; noch 55 Prozent der werktätigen Bevölkerung habe einen festen Arbeitsplatz (1970 waren es noch 76 Prozent); 1993 hätten sich die Teilzeitsstellen in den USA den Verhältnissen in der Dritten Welt angenähert: 7,6 Millionen Amerikaner waren in mehreren Jobs zugleich tätig, alle schlecht bezahlt.<sup>13</sup>

Die Arbeitslosenzeitung *Xtime*<sup>14</sup> berichtet von 60.000 Obdachlosen in Paris, die früher oft in möblierten Hotelzimmern untergebracht worden seien, heutzutage aber als Mieter nicht mehr akzeptiert würden. 85 Prozent dieser Hotelzimmer seien zwischen 1962 und 1990 verschwunden; Sozialwohnungsprogramme würden Jahre dauern, schnelle Schritte seien gefragt. Die Obdachlosenstudie *Crise du logement* der Vereinigung ‚Droit au logement‘ (DAL, Recht auf Wohnen) behauptet gar, daß die Dunkelziffer der Menschen ohne festen Wohnsitz (sans domicile fixe SDF) bei 10 Millionen liege und jeder vierte Jugendliche arbeitslos sei. „La banlieue, c’est les autres“, sagen die Franzosen mit Blick auf das dortige Wohnelend abfällig; der gängige Ausdruck dafür: „raz le bol“ (die Schnauze voll). Die deutsche Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAG), ein Dachverband aller Obdachloseninitiativen, schätzt, daß derzeit 920.000 Menschen keine Wohnung haben, davon 184.000 Frauen. Zustände wie in der ehemaligen DDR könnten auch im Westen Deutschlands zu einem der dringendsten Probleme werden: Die Mietschulden steigen von Rostock bis Zittau, 60 Millionen Mark bis heute. Die hohen Mietrückstände entsprächen exakt dem Betrag, den die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft LWB im Etat für notwendige Reparaturen und Modernisierungen vorsehe. Bei der Dresdner Wohnungsbaugesellschaft Südost sei ein Viertel der Mieter mit den Zahlungen im Rückstand, die Mietschulden im 300.000 Einwohner zählenden Halle beliefen sich auf 15 Millionen Mark.<sup>15</sup>

„Allein in Europa leben 52 Millionen Arme, die einen Anspruch auf die Verwirklichung der Grundrechte haben, die in den meisten europäischen Verfassungen garantiert sind.“<sup>16</sup> Eine Entwicklung, die sich weiter verschärfen könnte, wenn der „Arbeitsplatz auf Lebenszeit“ in Zukunft der Vergangenheit angehören sollte: „Am Arbeitsmarkt wird fast nichts so bleiben, wie es war.“<sup>17</sup>

Jeremy Rifkin<sup>18</sup> prophezeit, daß 75 Prozent aller Arbeitsplätze in den nächsten Jahrzehnten durch Technik ersetzt würden. Zukünftige Unternehmen seien „virtuell, man kann sie nicht sehen“, so der britische Wirtschaftsphilosoph Charles Handy in einem *Spiegel*-Interview.<sup>19</sup> Eine Zeitung werde in zehn Jahren kein eigenes Gebäude mehr benötigen, „alle Reporter sind unterwegs, und in der Zentrale bleiben nur ein paar Leute, das ist alles“. In Großbritannien liege der Anteil der Teilzeitbeschäftigten bei 25 Prozent, bis zum Jahre 2000 würden es bereits 30 Prozent sein. Da man in Zukunft statt 50 nur noch 25 Jahre in einer Firma sein werde und mit 45 die Pensionierung anstünde, schlägt Handy vor, den rechtzeitigen Ausstieg aus dem Job nicht zu verpassen, um eine Karriere für die zweite Lebenshälfte zu beginnen.

Da die „kurzen Phasen der sogenannten Vollbeschäftigung wohl der Vergangenheit angehören“<sup>20</sup> – im 19. Jahrhundert habe die Arbeitswoche noch 80 bis 85 Stunden gehabt, in den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts Geborene hätten noch 110.000 Stunden ihres Lebens gearbeitet, und 30 Jahre später sei diese Zahl bereits auf die Hälfte gesunken –, warum „sollte dereinst nicht ein Quantum an Lebensarbeitszeit festgelegt werden?“ Und warum sollte die Verteilung dieses Quantums oder neu definierter Formen von Arbeit nicht von jedem Menschen im Verlaufe seines Lebens nach seinen eigenen Bedürfnissen vorgenommen, die komplett flexible Pensionierung ins Auge gefaßt werden können?

Die Revolution der Arbeitsplätze wird noch ganz andere Folgen haben, wie die Entleerung unzähliger Büroetagen, wenn in Zukunft die Organisation der Büroarbeit dem Konzept der amerikanischen Werbeagentur Chiat/Day folgen sollte<sup>21</sup>, deren 700 Angestellte sich täglich zum Arbeiten irgendwo mit ihrem Notebook hinsetzen, nur nicht in ihren Büros in Los Angeles, Toronto, London und New York, die seien aus Kostengründen schlicht und einfach wegrationalisiert worden. In einem verschneiten Ferienort sei Jay Chiat die geniale Idee gekommen, diese teuren Kosten einfach abzuschaffen: Aktenschränke, Schreibtische, alles auf den Müll! Warum sollten seine Mitarbeiter nicht genau so flexibel sein wie er, mit Funktelefon und Computer zu Hause, im Café, unterwegs oder, dies allerdings nur noch zum Austausch zwischendurch, in einem auf eine Lounge reduzierten Büro? Zwei Drittel der Raumkosten würden gespart. Der Plan fürs erste vollelektronische, mobile und papierlose Büro war geboren.

Eine ähnliche Meldung erreichte die Presse von IBM Zürich: ‚Desk Sharing‘ heißt die neue Losung des ‚New-Office‘-Konzepts. Teurer Büroplatz würde eingespart, und die – nett ausgedrückt – „so sehr beschworene Flexibilität der Mitarbeiter gefördert“.

Wenn diese Veränderungen der Arbeitswelt sich durchzusetzen beginnen, wird es immer mehr Menschen geben, die kurzfristig mobilisierbar sein müssen und viel mehr zu Hause sein werden, was sich wiederum auf die Wohnformen auswirken wird, werden immer mehr Menschen vorübergehend arbeitslos sein und in – sei es auch temporäre – Armut absinken. Vor diesem Risiko ist auch die sogenannte Mittelschicht nicht mehr gefeit, wie neuere Studien bestätigen. „Armut ist heute überwiegend ein Problem ‚normaler‘, weder asozialer noch hoffnungslos marginalisierter Menschen.“<sup>22</sup> Nach den Erhebungen des Sozialwissenschafters Peter Krause vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) „war von den westdeutschen Befragten in den mittleren Einkommenslagen innerhalb von sieben Jahren [...] jeder sechste einmal vorübergehend unter die Armutsgrenze gefallen“<sup>23</sup>. Nichtseßhafte kämen schwerer wieder heraus, hohe Mieten gehörten zu den Armutsrisiken.

Schon 1958 schrieb Hannah Arendt hellsichtig: „Wir wissen bereits, ohne es uns doch recht vorstellen zu können, daß die Fabriken sich in wenigen Jahren [!] von Menschen geleert haben werden und daß die Menschheit der uralten Bande, die sie unmittelbar an die Natur ketten, ledig sein wird, der Last der Arbeit und des Jochs der Notwendigkeit. [...] Die Neuzeit hat im siebzehnten Jahrhundert damit begonnen, theoretisch die Arbeit zu verherrlichen, und sie hat zu Beginn unseres Jahrhunderts damit geendet, die Gesellschaft im Ganzen in eine Arbeitsgesellschaft zu verwandeln. [...] Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?“<sup>24</sup>

Auf diesen Punkt scheinen wir zuzusteuern, wenn Arbeit weiterhin wie in der Vergangenheit definiert wird. „Ist Arbeit wirklich der Güter höchstes?“, fragt Jacques Ittensohn<sup>25</sup> mit Recht. „Wenn Arbeit schlichtweg die Tugend, Muße die von der Strafe Gottes verfolgte Sünde ist [...], muß Arbeitslosigkeit notwendigerweise die Geißel unseres Jahrhunderts sein und bleiben. [...] Es bleibt uns wohl nichts anderes übrig, als das Problem der Arbeitslosigkeit mit einer grundsätzlichen Neubewertung des Begriffes Ar-

beit anzugehen.“ Und wenn es uns nicht gelinge, befürchtet Jeremy Rifkin, „die Fähigkeiten und Energien jener Hunderte Millionen arbeitsloser Frauen und Männer in die richtigen Bahnen zu lenken und ihnen eine sinnvolle Aufgabe zu geben, werden Verelendung und Gesetzlosigkeit unsere Gesellschaften erfassen, sie werden zerfallen, und niemand wird sie retten können.“<sup>26</sup>

### Öffentliche Gegeneinrichtungen in den großen Städten der reichen Welt

Was ist Menschen ohne Arbeit, ohne Lohn, ohne Obdach nicht mehr möglich? Welchen Gefahren sind sie ausgesetzt? Der Diskriminierung (Art. 2), der Beraubung von Freiheit und Sicherheit (Art. 3), der ungleichen Behandlung vor dem Gesetz (Art. 7), des Eingriffs ins Privatleben (Art. 12), der Mißachtung des Anspruchs auf Gesundheit und Wohlbefinden einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztlicher Betreuung (Art. 25).

Die Artikel aus der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* (1948) erinnern an Rechte, die – trotz aller netten Sonntagsreden – praktisch außer Kraft gesetzt sind. Für Menschen ohne feste Bleibe und ohne Geld fehlen ohnehin die Voraussetzungen, sie einzuklagen. Wie sollen sie ihren Anspruch auf Wohnung, Sicherheit, Essen und Trinken, Zusatzausbildung geltend machen? Wie sich wehren gegen die Verbarrikadierungen in den Städten, die ihnen den Aufenthalt im öffentlichen Raum verwehren? Das Gesetz, das Ruhe und Ordnung für seine Bürgerinnen und Bürger verlangt, meint nur diejenigen, die in geregelten Verhältnissen leben, und erklärt Menschen ohne Obdach zur Gefahr für die anderen. Wenn die genannten Rechte wirklich für alle gelten sollten, dann fehlen der heutigen Stadt zentrale Einrichtungen, in denen Arme oder knapp an der Armutsgrenze Lebende zu ihrem Recht kommen. Allein diese Feststellung dürfte denen, die sich längst an die Selbstverständlichkeit ungleicher Zugangsmöglichkeiten zu den Gütern der Gesellschaft als an einen Normalzustand gewöhnt haben, unverschämt erscheinen – das Messen mit zwei Ellen ist längst zur Regel geworden.

Daß das so ist, zeigen neuere und ganz neue *Aktionen von unten*, geboren aus der Not. Gegen Ausgrenzungsstrategien von oben regen sich – fast noch unsichtbar – Initiativen von unten. *Gegengesellschaft* könnte die politische Lösung von Initiativen und Organisationen heißen, die gesellschaft-

liche Aufgaben übernehmen oder wieder ins Leben rufen, die der sogenannte schlanke Staat als nicht mehr finanzierbar bezeichnet, ungeachtet der billigend in Kauf genommenen gesellschaftlichen Folgen, so zum Beispiel<sup>26 a</sup>

– *Umverteilungseinrichtungen*: Einrichtungen, die den gesellschaftlichen Überfluß umverteilen, wie beispielsweise *City Harvest* in New York, gestartet von der Angestellten einer Schnellimbisskette, inzwischen ein Riesenunternehmen, das wöchentlich 15 Tonnen Lebensmittel umverteilt, die sonst im Abfall landeten. *City Harvest* löste geradezu einen Schneeballeffekt aus. In Deutschland haben sich inzwischen mehr als 30 ähnliche Initiativen zu einem Dachverband zusammengeschlossen. Aus mehreren Städten der Schweiz, wo man sich für ähnliche Lösungen interessiert, liegen der *Berliner Tafel* Anfragen nach Informationen vor.

– *Andere Konsumeinrichtungen und Zutrittsmöglichkeiten zu kulturellen, sportlichen und anderen Veranstaltungen*: Orte, wo man zu Preisen, die der Armut angemessen sind, einkaufen kann, wie etwa die Ladenkette für Bedürftige: eine schweizerische Erfindung, die beste Chancen hat, zum Exportprodukt zu avancieren. Nur folgerichtig, daß Verhandlungen über Beitritts ermäßigungen mit kulturellen Einrichtungen im Gange sind.

– *Eigene Medien, andere Zugangsmöglichkeiten zu Informationsgütern*. Daß Arbeitslose europaweit ihre eigenen Zeitungen produzieren, ist ein erster Schritt, sich Gehör zu verschaffen. Für Menschen ohne festen Wohnsitz, die keinen Zugang zur Telekommunikation besitzen, von der ‚Telesozialität‘ ausgeschlossen und damit dem gesellschaftlichen Untergang geweiht wären, forderten der französische Architekt und Philosoph Paul Virilio und der Architekt Chilpéric de Boiscuillé in dem von ihnen initiierten Wettbewerb ‚urbane Bojen‘ oder *balises urbaines*, Einrichtungen, mit denen die Stadt Obdachlosen Zutritt zur medialen Welt schaffen müsse; das „städtische Mobiliar“ müsse revolutioniert werden.

– *Andere Universitäten*. Die Idee zu einer von zahlreichen Künstlern, Schauspielern und Intellektuellen unterstützten Volksuniversität wurde in der berühmt gewordenen Rue Dragon Nr. 7 in Paris geboren, in einem von Abbé Pierre Ende 1994 besetzten Haus, das zum Zentrum der aus dem Verein DAL (*Droit au logement*, Recht auf Wohnung) hervorgegangenen Bewegung *Droits devant!* werden sollte.

– *Andere medizinische Versorgungseinrichtungen*. Andere jedenfalls als etwa die Notfallstation des Zürcher Kantons-

spitals, wo an einem Anschlagbrett die Mitteilung zu lesen ist, Obdachlose würden nur unter der Bedingung behandelt, daß sie ein Depot von 200 Schweizer Franken hinterlegten. Andere auch als solche, die nur unter der Bedingung heute üblicher und für Menschen an der Armutsgrenze unbezahlbar hoher Versicherungsprämien zu Leistungen bereit sind. Einrichtungen wie das medizinische Zentrum für die Aufnahme von Obdachlosen in Nanterre bei Paris, dessen Leiter, der Obdachlosenarzt und Mitbegründer der *MSF (Médecine sans Frontière)*, Xavier Emmanuelli, gemeinsam mit der Stadt Paris einen neuen Sozialdienst mit 200 Fachkräften auf die Beine gestellt hat.<sup>27</sup>

– *Andere Nutzung von leer stehenden Bauten*, wie durch die französische Initiative DAL, die dem international geltenden und von Frankreich am 31. Mai 1990 gesetzlich verankerten Recht auf Wohnung für die Ärmsten Geltung zu verschaffen versucht, oder durch die im südensächsischen Seebad Brighton ins Leben gerufene erste Immobilienagentur für Hausbesetzer, ‚Justice‘, die sich der – Ferienhäuser nicht mitgerechnet – mehr als tausend leerstehende Häuser in Brighton anzunehmen begonnen hat.<sup>28</sup>

### Existenzhotels

Eine wichtige Einrichtung jedoch fehlt der Stadt von heute. Mit ihr könnte das Armenhaus der Geschichte eine Wiedergeburt in neuer Form erleben.

In den Regierungen heutiger europäischer Städte gibt es Figuren wie den Kanzler des Herzogs von Burgund, Nicolas Rolin, nicht mehr, der nach 40 Jahren Herrschaft gemeinsam mit seiner Frau Guigone de Salins – Gottes Urteil über seine Amtszeit vor Augen – beschloß, einen Palast für die Armen zu bauen, der schöner sein sollte als die Paläste der Fürsten, da er ja für diejenigen gedacht war, die Gott am nächsten standen und mehr zählten als die Höflinge eines Königs. Aufgrund seiner Initiative kam die Stadt Beaune im Jahre 1443 zu einem ihrer schönsten Gebäude und der Städtebau zu einem Prachtexemplar diesen Typs öffentlicher Institution.

Heutige Strategien laufen, bis jetzt wenigstens, in umgekehrter Richtung, wahrscheinlich jedoch mit immer erfolgloseren Aussichten. Noch setzt man auf das Rezept kleiner und kleinster Schritte: Notschlafstellen, die in Not Geratene mit menschenunwürdigen Aufenthaltsbedingungen möglichst den Garaus machen sollen. Doch auf diese Weise

ist Armut und zunehmender Obdachlosigkeit nicht beizukommen. Erfindungsgeist ist gefragt.

Architektur und Städtebau kehren am Ende des Jahrtausends zu einer ihrer Wurzeln zurück, der menschlichen Behausung. Neue Wohnformen werden über die Zukunft der Stadt mitentscheiden. Daß in den Bundesämtern für Statistik in Deutschland und der Schweiz – und infolgedessen in den entsprechenden Statistischen Jahrbüchern – die Kategorie Obdachlosigkeit im Stichwortregister gar nicht erst auftaucht, zeigt, daß das Problem bis heute nicht erkannt oder verdrängt ist. Für die Wohnbaupolitik scheint die Zahl der Obdachlosen irrelevant zu sein. Dies aber ist nur Spiegel der anderen Tatsache, daß es zwischen Sozialem Wohnungsbau und Obdachlosenheimen keine anderen Wohnmöglichkeiten gibt. Da klafft ein Loch – zuallererst an Ideen! Die dringendste Frage ist die nach dem Wohn-Existenzminimum. Nennen wir *eine* mögliche Lösung dieses Problems *Existenzhotel*.

Wie könnten Existenzhotels aussehen,  
von wem würden sie geführt werden?

Existenzhotels könnten diejenigen Institutionen sein, die Lebensformen möglich machen, in denen vorübergehend in Armut Geratene eine Unterkunft finden. Was brauchen Menschen in dieser Situation an minimalem privatem Raum, um menschenwürdig zu überleben? Bestimmt kann angesichts der wachsenden Zahl von Armen der Soziale Wohnungsbau nicht Maßstab sein. Vorbilder müssen anderswo gesucht werden. Der Architekt Le Corbusier hat mögliche Wege gewiesen. Seine Ideen fürs Existenzminimum orientierten sich an der Klosterzelle, der Kartäuserhütte und an der Schiffskabine. Auch ein Hotelzimmer wäre ein brauchbares Vorbild. Existenzhotels könnten von allen Interessierten, von Ämtern, Privaten, Unternehmern, Arbeitslosen geführt werden. In die teuren Lücken des städtischen Raumes zögen vorübergehend diejenigen ein, die keine Wohnung haben. Arbeitslose, Obdachlose, aber auch arme Familien, alte Leute, Lehrlinge und Studenten, Kleinstverdiener, nicht betuchte stadtfremde Hotelgäste – der Segregation könnte auf diese Weise entgegengewirkt werden – gehörten zu den wechselnden Bewohnern. Sie könnten die städtischen oder privaten Existenzhotels kurzfristig beziehen und dort sogar vorübergehend Arbeit in Verwaltung und Betrieb finden. Warum eigentlich sollte,

was sogar in guten Schweizer Hotels in Krisenzeiten möglich ist – „Die derzeitige Krise in der Schweizer Hotellerie hat offenbar auch ihre guten Seiten. [...] Wer sein Bett selber bezieht, spart [...] Geld“, ebenso, wer „das ganze Zimmer auf Vordermann bringt [...]“. Und wenn der Gast 90 Minuten im Hotel mitarbeitet, werden ihm gar dreißig Franken gutgeschrieben“<sup>29</sup> –, nicht genauso zum Modell für Existenzhotels taugen und sich sogar ausbauen lassen? Zudem könnten zahlungskräftige Mieter medizinische Versorgung, juristische und ökonomische Beratung, Weiterbildung usw. anbieten.

Wo in der Stadt wären Existenzhotels zu finden?

Stellen Sie sich vor, Sie kommen am Bahnhof oder am Flughafen an. Was tun Sie zuerst, falls Sie nicht im voraus ein Zimmer reserviert haben? Sie gehen zum großen Stadtplan, der mit lauter Leuchtpunkten übersät ist und Ihnen auf Knopfdruck Lage und Preis der in der Stadt verstreuten Hotels bekannt gibt. Wie für Zahlungskräftige, so sollte es auch für nicht Zahlungsfähige, genauer, für die am Rande des Existenzminimums lebenden Einwohner oder Gäste, für die, die ihre bisherigen Wohnungen nicht mehr zu bezahlen imstande sind, Leuchtpläne geben, die sie schnellstens über die Standorte von Existenzhotels informieren. Solche Hotels könnten mit der Umnutzung leer stehender Gebäude – vor allem wird es sich um vorübergehend unvermietete oder langfristig nicht mehr vermietbare Bürogeschosse handeln, aber auch um temporär leerstehende Wohnungen, Häuser oder Fabrikations- und Lagerhallen – ihren Ort in der Stadt häufiger wechseln. Architekten in den Bauämtern der Städte, auch Selbständige und Unternehmer würden den schnellen Transport und die jeweiligen Adaptationsarbeiten der erforderlichen Ein- und Ausbausysteme organisieren. Auch Wettbewerbe könnten ausgeschrieben werden.

Der Gedanke der Kurzfristigkeit – der Bezug eines Hotels für einen Tag oder eine Woche, einen Monat, ein Jahr – muß für das Wohnen ins Auge gefaßt werden. Man reist mit dem Koffer an, und sei er noch so schäbig, und bleibt, bis eine andere Form der Existenz möglich geworden ist. Wenn „verbindliche Leistungs-Schwerpunkte definiert“ werden sollen und das Soziale „keine Restgröße“<sup>30</sup> ist, dann wäre bei der Frage der Behausung zu beginnen. Auf den Vorwurf, daß solche Wohnformen wiederum einer Ghet-

toisierung gleichkämen, heißt die erste und wichtigste Antwort: Die geschilderten Tatsachen machen den Vorwurf des Zynismus gegenstandslos. Niemand ist freiwillig arm, niemand freiwillig auf der Straße, und die zweite, daß diejenigen, die es freiwillig sein sollten, es auch weiterhin sein dürfen müssen. Der Wiedereingliederungszwang ist unmenschlich. Die Idee des Existenzhotels hat mit ihm nichts zu tun.

Bei Existenzsicherung denkt niemand an Architektur und Stadt. Wir Architekten und Städtebauer reden wie selbstverständlich von öffentlichen Gebäudetypen und Institutionen, ohne uns zu fragen, ob unser heutiges Repertoire ausreicht, oder ob ‚heiße Stellen‘ im Stadtalltag auf die Notwendigkeit neuer Gebäudetypen hinweisen oder nach Reformulierungen älterer, vergessener Typen, wie beispielsweise des Armenhauses, verlangen. Immer öfter ist von gesellschaftlichem Umbau die Rede, das hautnahe Problem des Umbaus leerstehender Bauten aber kommt in *diesem* Zusammenhang gar nicht erst in den Blick.

Die Grundsicherung der menschlichen Existenz beginnt aber bei einem für immer mehr Menschen verschwundenen Ort: bei der Behausung. Ohne ein minimales Zuhause fällt alles andere zum Leben Notwendige wie von selbst den zunehmend unwirtlicher werden Verhältnissen zum Opfer – denn nichts, aber auch gar nichts wiegt so schwer, als keinen Ort mehr zu haben, der minimalste Privatheit garantiert und minimalsten Schutz bietet. Ein noch so kleines privates Dach über dem Kopf könnte als erste ‚Säule‘ der Existenzsicherung verstanden werden.

Wenn heute das Modell des Mindesteinkommens wieder aufgegriffen und zum Teil realisiert wird, dann sollten solche Vorstellungen künftig im Zusammenhang neuer Formen des Wohnminimums entwickelt werden. Ein Teil der Existenzsicherung könnte, im Austausch von Leistungen, als Anrecht auf Wohnraumnutzung betrachtet werden, oder das Mindesteinkommen müßte so bemessen sein, daß das Wohnen im Existenzhotel mit einem Teil davon beglichen werden könnte.

Nach Artikel 25 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* hat jeder Mensch „Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztlicher Betreuung und der notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge gewährleistet; er hat das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, In-

validität, Verwitwung, Alter oder von anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände“.

Dieser Abschnitt der Menschenrechtserklärung eignete sich hervorragend als Ausgangsmaterial für eine Revision sozialer und städtebaulicher Richtlinien. Der erste Satz gibt Hinweise auf fehlende städtische Einrichtungen für Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze zu leben gezwungen sind, der anschließende verweist auf Umstände, die zu Obdachlosigkeit führen können. Michel Foucault<sup>31</sup> spricht von „Abweichungsheterotopien“ und zählt zu ihnen all jene Orte – Erholungsheime, psychiatrische Kliniken, Gefängnisse, Altersheime –, in die man diejenigen steckt, deren Verhalten von der Norm abweicht. Heute wären viele jener Orte dazuzurechnen, die für Obdachlose vorgesehen sind, seien es die „dunklen Taunuswälder“ der Frankfurter Rigorosität oder die städtischen Einrichtungen für Obdachlose, aus denen die Menschen früh morgens rausgeschmissen werden, um dann den Tag immer neu damit verbringen zu müssen, auf die Suche nach einem Bett zu gehen. Ein Bericht über das Frauenleben in einem Leipziger Obdachlosenheim schildert, was zur Armut gehört: „Sich nicht mehr selbst was machen zu können“, Zutritt weder zur Küche noch zur Waschmaschine, um acht Uhr in der Früh auf die Straße gesetzt und erst ab vier Uhr nachmittags wieder eingelassen zu werden.<sup>32</sup> Ähnliche Zustände in Frankreich: „Für eine Dusche läuft Lydia durch die ganze Stadt. Stundenlang wartet sie in den Notunterkünften, bis eine Waschmaschine frei wird, die sie mit zusammengebettelten Münzen füttert.“<sup>33</sup>

Der Kampf gegen die Armut hat sich in den Kampf gegen die Armen gewandelt. Das ist skandalös und geschieht so allmählich, daß aus Untaten Gewohnheiten und sogar Gesetze werden. Der tiefste Punkt ist erreicht: Das Unrecht wird unangreifbar. Das Recht auf eine „Wohlbefinden“ garantierende Lebenshaltung ist nichts als ein Fetzen Papier, in der sozialen Wirklichkeit jedoch ohne Bedeutung. Der Anspruch auf die Verwirklichung der Menschenrechte aber bleibt bestehen. Versucht man von ihnen aus städtebauliche Programme zu entwickeln, dann zeigt sich, daß neue Vorstellungen über die Mindestbehausung zu den dringendsten architektonisch-städtebaulichen Aufgaben gehören. Jede nicht (klein-)bürgerliche Wohnform ist bis heute mit dem Makel des Scheiterns behaftet. Aber die eingeschränkte Perspektive, die die Kleinfamilie zum fast ausschließlichen



Maßstab des Wohnens macht und den Ausschluß anderer Existenzformen zementiert, muß der Vergangenheit angehören.

Ein Dach über dem Kopf zu haben, bedeutet – nochmals Hannah Arendt – einen Ort zu haben, an dem, was verborgen bleiben soll, auch verborgen bleiben kann. Welche Bedeutung hat Artikel 12 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* – „Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, sein Heim [...] ausgesetzt werden“ – dort, wo nicht einmal die Möglichkeit der Verletzung gegeben ist? Alle Initiativen, aus dem Elend herauszukommen, werden a priori dadurch behindert, daß sie aus der ‚Gosse‘ erfolgen sollen. Niemandem ist unter dem existentiellen Druck, sich – mit seinen Habseligkeiten in der Hand und Hunger im Bauch – täglich neu um ein Dach überm Kopf kümmern zu müssen, zuzumuten, sich unter diesen Bedingungen um Arbeit und Unterhalt zu sorgen, schon gar nicht, wenn Müdigkeit und angeschlagene Gesundheit plagen. Einen einigermaßen gesicherten eigenen Ort zu haben, ist der erste Schritt in der Hilfe zur Selbsthilfe, ein erster Schritt, die oft zitierte Maxime in die Tat umzusetzen.

Jeder Umbau von Wirklichkeit beginnt mit der Revision der uns beherrschenden Bilder: im Kopf. In Zürich beispielsweise sind 50 Prozent aller Haushalte Einpersonenhaushalte.<sup>34</sup> Man kennt natürlich die Reden über Einsamkeit und all die unbezahlbaren Allerweltskurse gegen sie. Nur kommt man auf diese Weise dem Grundübel nicht auf die Spur. Der blinde Fleck oder die geheime Repression hat ihre Wurzeln anderswo: in der fast absolut zu nennenden Gültigkeit überkommener Bilder des Wohnens.

„Bilder sind Fallen“, heißt es bei Wolfgang Welsch.<sup>35</sup> Die kulturellen Grundbilder, die unser Verständnis von Wirklichkeit prägen, seien „schmerzlich relevant“, weil sie undurchschaubar seien und uns ein Leben lang nach ihrer Pfeife tanzen ließen. Gerade weil sie als unbezweifelte unbewußt Zwang ausübten, sei es so unendlich schwierig, ihnen zu entkommen. Die heute gültigen Bilder des Wohnens sind zu Störbildern geworden. Sie gefährden die Menschen nicht nur in ihrem physischen und psychischen Wohlbefinden, sie behindern auch andere Möglichkeiten des Zusammenlebens. Gefangen in den engen Vorstellungen dessen, was sie als normal ausweist – und davon ist nun einmal ein Großteil der Menschen direkt abhängig –, bleiben sie in ihren privaten Gefängnissen stecken und gehen so – Rück-

seite der Medaille – möglicherweise gleich auch noch in die Falle all der Kompensationsangebote und -geschäfte, die sie mit ihrer Situation auszusöhnen suchen.

Erst dem Umbau der Bilder im Kopf könnte der buchstäbliche Umbau der Stadt folgen, ihres öffentlichen Raumes, ihrer Institutionen und ihrer Lebensmöglichkeiten. Den geltenden Bildern des Wohnens müssen andere Bilder zur Seite gestellt werden, sei es durch historische Rückgriffe oder Analogien – die Mönchszelle des Klosters oder die Schiffskabine – oder durch neue Entwürfe. Das Wohnen in der Stadt muß andere Lebensformen und -stile ermöglichen.

#### **Exkurs: Umbauprojekte für die Stadt.**

##### **Ein möglicher Fall zukünftiger Partnerschaften**

Die Zukunft eines der berühmtesten und berüchtigtsten Quartiere der Welt hat begonnen. Wohnquartier Wall Street? Fast schon ein Tabubruch, die düstere Welt, in der abends lange Kolonnen schwarzer Limousinen die Führungskräfte der Bankenbunker sicher nach Hause bringen, mit dem bunt gemischten Leben zu bedrohen. Doch Not bringt selbst Ikonen einer Weltstadt ins Wanken. Einem Bericht der *Neuen Zürcher Zeitung* zufolge<sup>36</sup> standen in New York im Herbst 1995 über zwei Millionen Quadratmeter Bürofläche leer, die sich trotz Wirtschaftsaufschwung kaum vermieten ließen. Der Abriß wertvoller alter Bausubstanz sei wirtschaftlich und ökologisch nicht zu vertreten, und computergerechte Büros in Neubauten wären schon deswegen eine Fehlinvestition, weil diese in naher Zukunft, sollten sich die neuesten Tendenzen – flexibles Büro, Heimbüro, Satellitenbüro und Multiflexbüro, so die Unterscheidungen des schwedischen Fernmeldekonzerns Ericsson – durchsetzen, schnell heillos veraltet sein könnten. Also suche man neue Inhalte für alte Bauten. In New Yorks Bankendistrikt tritt Wohnungsbau als Alternative an die Stelle der erfolgversprechenden Kultureinbauten der siebziger Jahre in anderen Quartieren, teurer, schicker Wohnungsbau allerdings, dazu die Wiederbelebung der Straße: Mischnutzung anstelle von Monokultur. Selbst Bettler und Obdachlose sollen, anders als sonst Sitte der Stadt, nicht vertrieben werden. Einsichten und Schritte, von denen man bei uns, bislang wenigstens, nichts hört. Was Manhattans Wall Street-Distrikt blüht, ereilt auch die europäischen Metropolen. Immer öfter und aufdringlicher



ist auch in den hiesigen Städten, sei es in der neuen Berliner ‚Prachtstraße‘, der Friedrichstraße, sei es entlang der Autobahneinfahrt Bern/Basel in Zürich und an vielen anderen Orten, in großen Lettern – auch an die Fernsicht von der Autobahn ist gedacht – ‚Büros zu vermieten‘ zu lesen. Überall werden die Überschußprodukte der optimistischen Planungsvergangenheit feilgeboten. Der Büromarkt kollabiert<sup>37</sup>, 1991 seien ärmliche Büros in Plattenbauten in Berlin-Mitte noch für 100 Mark pro Quadratmeter monatlich zu vermieten gewesen, inzwischen seien aber in den besten Lagen nicht einmal mehr 50 Mark zu bekommen. Der Chef der größten deutschen Maklerfirma, Willi Bendzko, schätzt, daß eine gute Million Quadratmeter Bürofläche allein in Berlin auf Mieter warteten, und dies erst noch ohne bessere Aussichten für die Zukunft; bis 1997 würden noch einmal über 800.000 Quadratmeter pro Jahr dazukommen. Allein entlang der Berliner Friedrichstraße sei eine halbe Million im Bau oder in Planung. Aufgrund falscher Erwartungen sei ein Bedarf von 12 Millionen Quadratmetern Bürofläche bis zum Jahre 2000 prognostiziert worden: „Für den Pleitegeier gebaut“. In einem Interview sagt der Investor Roland Ernst<sup>38</sup>, man habe sich auf die Flaute mit kurzfristigen Mietverträgen eingestellt und rechne in zwei bis drei Jahren mit den einmal kalkulierten Preisen. Investoren würden jetzt mit der Miete bis zur Schmerzgrenze heruntergehen, um wenigstens einen Deckungsbeitrag für die Kosten zu haben.

Im Kanton Zürich standen im Frühjahr 1996<sup>39</sup> Büros, Werkstätten, Fabrikhallen und Verkaufsräume in einer Größenordnung von 920.000 Quadratmetern leer; viel Raum blieb in den Industrie- und Gewerbebezonen der Stadt Zürich (Leerstandsquote bis 15 Prozent) ungenutzt, weil die Bau- und Zonenordnung Dienstleistungsbetriebe nicht erlaubt – und, wie hinzuzufügen wäre, erst recht keine Wohnungen; rund 39 Prozent der 1992 erstellten Liegenschaften und rund 65 Prozent der im selben Jahr errichteten Büros standen leer, die Preise gingen zwischen 1993 und 1995 um 30 Prozent zurück.

Wäre nicht zu überlegen, diese Tatbestände zum Ausgangspunkt für neue Investitionsmöglichkeiten oder Partnerschaften zu machen? Könnten nicht Arbeits-, Sozial- und Bauämter in Sachen Stadtbau zu Partnern der Immobilienfirmen werden?

Wie man – allerdings erst vereinzelt und sehr zögerlich – hört, wird bereits über die Umnutzung leerstehender Büro-

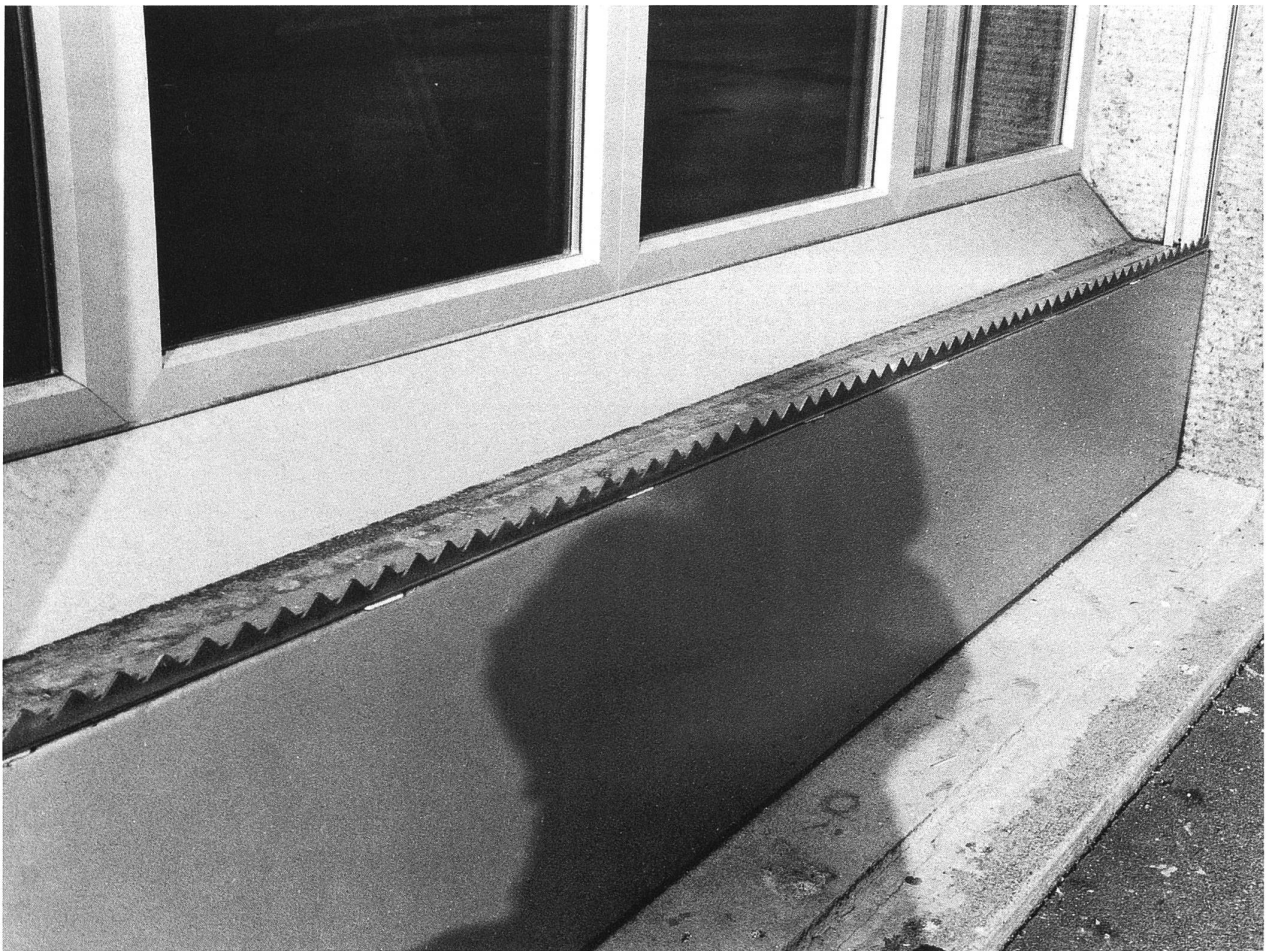
bauten in Wohnungen nachgedacht. Wieder einmal wird es der ökonomische Zwang sein, der ‚Wunder‘ zu vollbringen imstande sein könnte. Allerdings wird sich in den Köpfen der europäischen Stadtplaner aller Wahrscheinlichkeit nach vorerst auch nur der New Yorker Trend – luxuriöse Wohnungen in der teuren Stadtmitte – durchsetzen. Wenn die beschriebenen Entwicklungen anhalten, wäre es da nicht kurzfristig, bei Umbauprojekten solcher Art nur an schnelle Rentabilität zu denken? Wäre es nicht geboten, daß die Stadtplanungspolitik Strategien überlege, wie diese Flächen gesellschaftlichen Nutzungen – unter anderem der vorübergehenden Unterbringung von Armen und Obdachlosen – zugeführt werden könnten?

Es braucht nicht unbedingt den ‚britischen Humor‘ oder besser, den ‚schwarzen Ernst‘ von Charles Handy<sup>40</sup>, der den Reichen eine ungewöhnlich begründete Großzügigkeit in deren eigenem Interesse empfiehlt, um zu begreifen, was auf dem Spiel steht. Im neuen Kapitalismus, in dem Intelligenz die Quelle des Wachstums sei, wie Handy seine Strategie zur Rettung des zu zerbrechen drohenden gesellschaftlichen Gleichgewichts formuliert, würden die Reichen reicher, indem sie zuerst die Armen reicher machten. Sie müßten deshalb davon überzeugt werden, in Menschen zu investieren – vor allem in deren Bildung –, die sie gar nicht kennen: in die Armen.

Der Gedanke hat noch eine andere Dimension, die des Raumes. Wenn Armen und Obdachlosen beide Arten von Raum – privater und öffentlicher – abhanden kommen, wird sich das Leben in den Städten radikal polarisieren. Robert Lopez<sup>41</sup> beobachtet weltweit die Entwicklung einer „städtebaulichen Apartheid“. Er berichtet von „Festungstädtchen nur für Reiche“, die durch private Polizei, hohe Zäune, bewachte Eingänge und Plastikkarten vom Rest der Welt abgeschottet sind. Diese Abschottung gehe in einzelnen Fällen so weit, daß Kontakte zu Behörden abgebrochen werden, die ‚Stadt in der Stadt‘ sich als unabhängig erklärt und darüber klagt, daß sie weiterhin Steuern bezahlen soll, da die Probleme ‚draußen‘ sie doch nichts mehr angingen. Zynisch gemahnt Roger Monnerat<sup>42</sup> an Rifkin, der „auf die gesellschaftliche Einsicht“ setzt, „daß es billiger kommt, den Habenichtsen ein wenig Geld zu geben, als die Habenden vor Raub und Diebstahl zu schützen“.

Es ist an der Zeit, dieser sich abzeichnenden Zweiteilung des städtischen Raumes ins Auge zu sehen. Das bedeutet, den öffentlichen Raum der Stadt mit Qualitäten zu verse-

Foto: Gertrud Vogler



hen, die den im Berufsleben verloren gegangenen gesellschaftlichen Kontaktraum wiederzugewinnen erlauben und andere Lebensformen für die Stadt und ihre ‚neuen‘ Bewohner zu erfinden, die die existentiellen Unsicherheiten abzufedern vermögen. Das Verhältnis zwischen privatem und öffentlichem Raum muß neu überdacht, beide müssen auf vielfältigste Weise entworfen werden – nicht mehr mit Sicherungsstrategien, sondern mit Blick auf Öffnung, Reichhaltigkeit, Zugänglichkeit. Sonst könnte sich bewahren, daß immer mehr Ausgeschlossene sich in Banden organisieren, deren Gewalt und Verzweiflungstaten „von

privaten Polizeitruppen eingedämmt und/oder von faschistischen Bewegungen organisiert“ würden. Mit Rifkin zu sprechen: „Am Ausgang der modernen Welt erwartet uns eine neue Barbarei.“<sup>43</sup>

\* Aus: E. Blum (Hg.), Wem gehört die Stadt? Armut und Obdachlosigkeit in den Metropolen, Basel (Lenos) 1996

#### Anmerkungen

- 1 Der Spiegel 48/1995
- 2 So sei das „Niederlassen zum Verzehr alkoholischer Getränke außerhalb zugelassener Freischankflächen“ einfach zur unerlaubten Sondernutzung erklärt und deren Durchsetzung mit dem sogenannten Verbringungsgefahrermöglicht worden. Das Abschieben von Menschen in die Unsichtbarkeit und das Programm ‚Saubere Stadt‘ gehen auf diese Weise Hand in Hand. Die Frankfurter „Lobby für Wohnsitzlose und Arme“ habe der Oberbürgermeisterin, Petra Roth (CDU), den Vorwurf der permanenten „Freiheitsberaubung“ gemacht, ohne daß darauf irgend eine Reaktion erfolgt sei.
- 3 Paul L. Walser, in: Tages-Anzeiger, Zürich, 18. August 1995
- 4 die tageszeitung, 19. Dezember 1995
- 5 Tages-Anzeiger-Magazin, Zürich, Nr. 49/1995
- 6 Hannah Arendt, Vita activa oder Vom tätigen Leben (1958/1981)
- 7 Neue Zürcher Zeitung, 20./21. Mai 1995
- 8 in einem Interview mit der schweizerischen Arbeitslosenzeitung Xtime, Nr. 2, Juni 1995
- 9 Ingeborg Nordmann, Hannah Arendt, Frankfurt am Main/New York 1994
- 10 Michel Foucault, Überwachen und Strafen, Frankfurt 1976
- 11 Aus den in Francesca Molos Film *Obdachlos in europäischen Metropolen*, aus dem die genannten Zahlen von 1994 stammen, geschilderten Einzelschicksalen geht eindringlichst hervor, daß das Allerschlimmste in dieser Situation ist, keinen privaten Ort zu haben, und sei er noch so primitiv, klein oder unbequem. Selbst einen langen Eisenbahnwagensitz den Winter über sein eigen nennen zu können, bedeutet dem ehemaligen Pariser Programmierer Überleben, physisch, wichtiger aber noch, psychisch.
- 12 Le monde diplomatique, Nr. 6, Oktober 1995
- 13 Vgl. auch das in Le Monde, 28. Juni 1995, erschienene Manifest *Chômage: appel au débat*
- 14 Vgl. Anm. 8
- 15 die tageszeitung, 12. Dezember 1995
- 16 Marianne Boilève, in: Le monde diplomatique, Nr. 6, Oktober 1995
- 17 Isabel Mühlhens, in: Madame, Juni 1995
- 18 Jeremy Rifkin, Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft, Frankfurt am Main/New York 1995
- 19 Der Spiegel 42/1995
- 20 Dagmar Deckstein, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 155, 1995
- 21 Das Büro der Zukunft: That's it, in: Tages-Anzeiger, Zürich, 7. Dezember 1995
- 22 Die Bremer Sozialforscher Stephan Leibfried, Lutz Leisering, zitiert in: die tageszeitung, 8. August 1995
- 23 die tageszeitung, 8. August 1995
- 24 vgl. Anm. 6
- 25 Neue Zürcher Zeitung, 15./16. Juli 1995
- 26 vgl. Anm. 17
- 26a Detaillierte Hinweise zu den im folgenden genannten Initiativen finden sich in: E. Blum, Wem gehört die Stadt?, Basel (Lenos) 1996
- 27 Tages-Anzeiger, Zürich, 3. Mai 1994
- 28 Bauwelt, Nr. 14/1996
- 29 Tagblatt der Stadt Zürich, 3. August 1995
- 30 Die Zürcher Stadträtin Monika Stocker in: Neue Armut – Strategien und Maßnahmen, Sozialberichterstattung '95, hrsg. vom Sozialamt der Stadt Zürich
- 31 Michel Foucault, Andere Räume, in: Aisthesis. Wahrnehmung heute oder Perspektiven einer anderen Ästhetik, Leipzig 1990
- 32 Sanfte Räumung nicht ausgeschlossen, die tageszeitung, 12. Dezember 1995
- 33 Franziska Wanner Müller, Lydia Perréal, Obdachlose, Tages-Anzeiger-Magazin 49/1995
- 34 Neue Armut – Strategien und Maßnahmen, vgl. Anm. 30
- 35 Wolfgang Welsch, Ästhetisches Denken, Stuttgart 1990
- 36 Neue Zürcher Zeitung, Beilage ‚Planen, Bauen, Wohnen‘, 3. November 1995
- 37 Der Spiegel 40/1995
- 38 in: die tageszeitung, 19. Oktober 1995
- 39 Tages-Anzeiger, 4. April 1996
- 40 Der Spiegel 42/1995
- 41 Le monde diplomatique, Nr. 3, März 1996
- 42 Die WochenZeitung (WoZ) Nr. 40, 1995
- 43 ebd.